

# Amerika und die österreichische Anleihe

Der in den Vereinigten Staaten zur Zeichnung aufgelegte Teil der Völkerbundsanleihe für Österreich war schon nach einer Viertelstunde überzeichnet. Diese Tatsache hat ihre wesentlich politische Bedeutung und gehört somit in den großen Fragenkomplex der amerikanischen Europapolitik hinein, sofern man der Stellungnahme der Amerikaner zu den europäischen Fragen noch den Namen Politik geben kann. Wenn diese Anleihe Schule machen wird für die Form der amerikanischen Mitarbeit am Wiederaufbau, so erledigen sich damit manche der Fragen, die für viele eine Angelegenheit des nationalen Gewissens sind und als solche besonders den weniger engstirnigen liberalen Kreisen zu denken gegeben haben. Kann aber auf dem Wege der Gewährung von Anleihen dauernde Abhilfe nicht geschaffen werden, so ist damit, sofern man überhaupt sich noch für Europa interessiert, die Notwendigkeit einer direkteren Beteiligung an den europäischen Beratungen hinreichend dargetan.

Unter manchen Gesichtspunkten gesehen, stellt die Anleihe geradezu ein Hindernis dar für eine weitsichtigeren amerikanischen Politik Europa gegenüber, dem (wie immer wieder betont werden muß) der Amerikaner über den bloßen Erdteilcharakter hinaus mit Recht oder Unrecht stets eine politische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit beimißt. Der Amerikaner macht es sich ein wenig leicht, wenn er nach Zeichnung von 25 Mill. \$ für eine achtprozentige Anleihe sich in die Brust wirft und sagt: Seht, das tut der Amerikaner für den Wiederaufbau Europas! Wohl ist wahr, daß die Zuteilung der Anleihe an Amerika vierfach überzeichnet worden ist. Aber dies allein bildet hoffentlich doch nicht den Maßstab der amerikanischen Sympathien für Österreich oder des amerikanischen Wunsches, Europa zu helfen. Hundert Millionen der Anleihe wurden in anderen Ländern untergebracht und in England allein mehr als in den Vereinigten Staaten. Und zweifellos haben die den Banken für ihre Bemühungen um die Zeichnung gezahlten Prämien, die 8%ige Verzinsung und die Tatsache, daß die Anleihe durch acht der wichtigsten Mitgliederstaaten des Völkerbunds garantiert wird und auf ziemlich sicheren Einnahmequellen, wie dem Salz- und dem Tabakmonopol, basiert, das meiste dazu getan, daß der Einladung zur Zeichnung so bereitwillig gefolgt worden ist. Nicht wenig bezeichnend ist auch, daß die Amerikaner gern bereit gewesen wären, die ganze Anleihe allein zu zeichnen, während die Union selbst nicht zu den Staaten gehört, die sie garantiert haben, so daß man ihr füglich nachsagen könnte, daß sie sich wohl am Profit der Anleihe, nicht aber an ihrem Risiko zu beteiligen beabsichtige.

Für jeden generöser denkenden Amerikaner ist eine solche Auffassung natürlich reichlich demütigend und gibt nicht geringen Anlaß zu Besorgnissen hinsichtlich der künftigen Gestaltung der amerikanischen Europapolitik, besonders deswegen, weil die Anleihe einen üblen Präzedenzfall zu schaffen droht; die Geste, Geld herzugeben, ohne dabei eine politische Verantwortlichkeit zu übernehmen, könnte leicht für Amerika zur fatalen Gewohnheit werden, das aber würde seinen Verzicht auf jeden Einfluß zum Guten in der Weltpolitik bedeuten. Kreditgewährung gehört natürlich notwendigerweise zu jeder amerika-

nischen Hilfeleistung für Europa; aber es gibt dazu noch Wichtigeres, nämlich guten Rat und die Übernahme von Verantwortlichkeit, die hinter jedem Ratschlag zu stehen hat, sowie die Anwendung eines moralischen Drucks, um jedem anarchischen und selbstsüchtigen Geiste zu steuern, der heutzutage in Europa die Politik bestimmt. Bisher ging die Tendenz im allgemeinen dahin, daß, wenn Europa seine politischen Differenzen geregelt haben würde, Amerika seine wirtschaftliche Unterstützung bereitstellen würde. Gegen diese Haltung war wohl einzuwenden, daß Amerika seine Fähigkeit, einige von den gordischen Knoten der europäischen Konfliktpolitik durchschlagen zu können, unterschätzt hat; aber sie stellte wenigstens nicht wirtschaftliche Erwägungen voran. Wenn jedoch nunmehr die Vereinigten Staaten oder ihre Banken anfangen sollten, als Pfandleiher größten Stils sich auf einzelne der notleidenden europäischen Länder zu stürzen, so wäre damit ein nicht mehr gutzumachender Schaden angerichtet, den viele gute Amerikaner besorgen.

In gewisser Weise hat die österreichische Anleihe Anlaß zur Besinnung gegeben, und man fragt sich auch in Amerika ernstlich, ob diese Anleihe wirklich ein Heilmittel für den Krankheitsfall Österreichs darstellt oder ob sie nur an dessen Oberfläche rührt. Wer die Lage Europas und die Österreichs im besonderen auch nur entfernt begreift, ist sich durchaus bewußt, daß für den Wiederaufbau Österreichs Wichtigeres zu tun ist als die Ausbalanzierung seines Staatshaushalts und die Stabilisierung seiner Währung, für welche Zwecke die Anleihe offenbar gedacht ist. Schuld bleiben an der gegenwärtigen Notlage Österreichs die Bedingungen des Vertrags von Saint Germain, an welchen die Anleihe nichts ändert. Österreich ist durch diesen Vertrag von den Ländern abgetrennt worden, auf die es in wirtschaftlicher Hinsicht angewiesen ist, und nicht nur durch den Vertrag, sondern auch durch die Eifersüchteleien und die Sonderinteressen seiner Nachbarn, die wiederum unter dem Einfluß der Westmächte stehen. Österreich ist unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Wirtschaftskörper mit eigener Lebensmöglichkeit und kann, wie es jetzt ist, nur verhungern oder auf Grund internationaler Wohltätigkeitsmaßnahmen sein Leben weiterfristen. Es müssen hinreichende Gründe bestehen, die den Völkerbund oder vielmehr Frankreich und England dazu bewegen, 125 Mill. zu besorgen, nur damit Österreich bleibt, was es ist, damit es sich einerseits nicht mit Deutschland einläßt und andererseits vor dem völligen inneren Zusammenbruch, dem Bolschewismus usw., bewahrt bleibt. Ein kleiner Schritt weiter führt zu der Feststellung, daß die Erhaltung eines solchen Österreich gerade das ist, was Frankreich wünscht, um den Weiterbestand seines „cordon sanitaire“ um Deutschland zu sichern, den Kordon, für den es Millionen von Franken in den Anleihen für Polen und Rumänien hergibt und den es ganz kürzlich noch durch die Reise des Marschall Foch nach Warschau und Prag zu befestigen gesucht hat. Das französische Übergewicht im Völkerbund erklärt das übrige. Österreich fest in der Hand zu haben, das ist dem Völkerbund diese Millionen



wert; verpfändet ist es doppelt sicher, auch wenn es die eigentlichen Besitzer niemals reklamieren werden. Diese Politik bedingt natürlich eine scharfe Überwachung Österreichs, das für seine „Sicherheit“ selbst zahlen muß, soweit es nur irgend kann; das wird man durch scharfe Sparmaßnahmen und durch Beseitigung gewisser sozialer Errungenschaften der Nachkriegszeit zu ermöglichen suchen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch die Reihen der Arbeitslosen anschwellen und die Unzufriedenheit steigen wird. Irgendwie „radikale“ Tendenzen werden schärfstens unterdrückt werden, da sonst das Anlagekapital, das für die Aufrechterhaltung des Status quo von 1919 aufgebracht worden ist, gefährdet werden würde. Für diese Aufgabe und um

Frankreichs Politik zu camoufflieren, ist der Völkerbund wie geschaffen.

Daß eine solche Deutung der Anleihe, die in der Union durchaus nicht vereinzelt dasteht, das Ansehen des Völkerbundes in den Vereinigten Staaten nicht zu mehren angetan ist, liegt auf der Hand. Schlimmer ist jedoch, daß ein solcher Mißbrauch der amerikanischen Bereitschaft, wenigstens finanziell zum Wiederaufbau Europas beizutragen, schließlich gegen jede Art von Zusammenarbeit mit Europa wirken muß, an der der Völkerbund oder eine verwandte Institution, etwa der Permanente Gerichtshof im Haag, beteiligt ist.

New York, Ende Juni 1923.

Virgil Jordan

## Der Stand der Indexzahlen

Während der zweiten Junihälfte ist der Dollarkurs in Berlin schnell von 115 000 auf 154 000 geklettert, nachdem er durch starke Devisenabgaben der Reichsbank am 25. für einen Tag nochmals auf 114 000 zurückgeführt werden konnte. Im Laufe der ersten beiden Juliwochen hat die Markentwertung weitere Fortschritte gemacht. Die letzten Berliner Notierungen (15.—16. Juli) halten sich um 195 000 herum. Es ist bekannt, daß sich zwischen der künstlich niedrig gehaltenen Berliner Dollar-Notierung und dem im freien Verkehr erzielten New Yorker Markkurs eine beträchtliche Disparität herausgebildet hat, die auch den Stand der Warenpreise nicht unerheblich beeinflußt. Vergleichen wir die Valutabewegung mit dem Preisstand auf Grund der Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung“, so ergibt sich folgendes Bild:

Valutabewegung u. Preisstand (Steigerung in % gegenüb. d. Vorwoche)

	2.—8. 6.	9.—15. 6.	16. 22. 6.	23. 29. 6.	30. 6.—6. 7.	6.—13. 7.
Dollarkursniveau ...	18,4	24,7	41,3	2,9	19,2	13,0
Großhandelspreis ...	21,4	20,1	39,0	20,3	22,3	26,3
Lebenshaltungskost.	19,0	14,4	26,0	32,4	39,3	28,7

Es zeigt sich hier die interessante Tatsache, daß in den letzten beiden Wochen sowohl der Großhandels- als auch der Lebenshaltungsindex dem Dollarkursniveau in dem allgemeinen Anstieg stark vorausgeeilt sind. Die Preise im Groß- und Kleinhandel nehmen danach, unabhängig von dem durch Regierungsmaßnahmen gedrückten Dollarkurs, eine mehr selbständige Entwicklung, die sich auf die Bewertung der Mark im freien Verkehr zu stützen scheint. Während der vier Juniwochen stieg das Niveau des Dollars durchschnittlich um 21,8 v. H., das Niveau der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten dagegen um 25,2 bzw. 22,9 v. H. Vergleicht man mit diesen Indizes die Steigerung des Goldzollaufgeldes, was in Anbetracht der daran angeknüpften Lohnverhandlungen besonders interessieren könnte, so gelangt man zu der Beobachtung, daß diese Meßzahl um 22,0 v. H. durchschnittlich pro Juniwoche — also in fast genau demselben Verhältnis wie der Dollarkurs — angewachsen ist. Im einzelnen verlief die Steigerung wie folgt:

	6.—12. 6.	13.—19. 6.	20.—26. 6.	27. 6.—3. 7.	4.—11. 7.	11.—17. 7.
Goldzollaufgeld..... (Steiger. i. % z. Vorw.)	20,4	16,6	30,3	21	21	13,8

An Stelle des in früheren Wochen beobachteten Parallelismus zwischen Kursniveau und Preisniveau ist in letzter Zeit eine verhältnismäßig starke Abweichung eingetreten.

Die Steigerung der Warenpreise innerhalb der einzelnen Kategorien gestaltete sich nach der „Industrie- und Handelszeitung“ folgendermaßen:

Großhandelsmeßzahl der Industrie- und Handelszeitung (1913/14 = 1)

Wochen-durchschnitt	Kohle, Eis, Met.	Textilien	Häute, Felle	Getreide, Mehl	Fleisch, Fische	Gesamtindex	Index des Dollarkurs.
10. 6.—22. 6....	30 612	51 939	29 836	14 343	13 083	26 551	31 602
23. 6.—29. 6....	37 633	53 901	35 749	19 707	19 297	31 952	32 525
30. 6.—6. 7....	43 959	64 362	42 133	32 358	22 772	39 069	33 772
7. 7.—13. 7....	56 432	70 023	60 599	43 356	26 497	50 128	43 811

Seit der ersten Maiwoche war der Gesamtindex stets niedriger gewesen als der Dollarkursindex. Anfang Juli jedoch überholt die Steigerung des Preisniveaus, ausgedrückt im Gesamtindex der Großhandelspreise, die Steigerung der Golddevisen, gemessen am Dollarmittelkurs in Berlin. Zeigt die Junihälfte ein relativ gleich starkes Anwachsen aller Gruppen, so läßt sich mit Beginn des Juli eine Mäßigung in der Steigerung der Einfuhrwaren (Metalle, Baumwolle, Öl) beobachten. Gruppe Kohle, Metalle usw. steigt um 16,7 v. H., Textilien um 19,4, Häute, Felle usw. um 17,9, Fleisch, Fisch usw. um 18,0 v. H. im Verhältnis zur Vorwoche. Landwirtschaftliche Produkte dagegen gehen weiterhin scharf in die Höhe. Die Gruppe Getreide usw. zeigt einen Aufstieg um 66,7 v. H. Diese Erhöhung ist bedingt durch die stets zu Ende des Erntejahres eintretende Erschöpfung der Vorräte an Inlandsgetreide. Die Weltmarktpreise sind überschritten, die Disparität zwischen Auslandsgetreide und heimischen Produkten beträgt an 200 000 M je Zentner, aber es fehlt an genügendem Devisenmaterial zur Beschaffung von Auslandsware.

Augenfälliger wird die katastrophale Entwicklung der Großhandelspreise, wenn man den Preisablauf im Zusammenhang der vergangenen Monate überblickt.

Großhandelsindexzahlen des Statistischen Reichsamtes (1913=1) und der „Frankfurter Zeitung“ (Mitte 1914=1)

	Index d. Dollark.	Lebensmittel	Industrie-stoffe	Inland-waren	Einfuhr-waren	Gesamtindex	Gesamtind. n. d. Frkf.Ztg.
1922 November	1 711	1 033	1 371	953	2 141	1 151	945
„ Dezember	1 680	1 161	2 061	1 283	2 432	1 475	1 674
1923 Januar ..	4 295	2 390	3 523	2 390	4 758	2 785	2 054
Februar...	6 650	4 303	7 971	4 942	8 796	5 585	7 150
März ....	5 048	3 336	7 790	4 503	6 816	4 888	6 770
April ....	5 826	3 952	7 566	4 761	7 466	5 212	6 425
Mai .....	11 331	6 335	11 601	7 084	13 601	8 170	8 237
Juni .....	26 190	14 840	27 882	17 029	31 166	19 385	14 980
5. Juli 1)....	39 924 1)	.	.	.	.	.	39 898
25. Juni b. 3. Juli	.	29 597	41 737	31 051	47 714	33 823	.
3. bis 10. Juli ..	.	43 653	57 076	40 206	60 834	43 644	.

1) Nach der „Frankfurter Zeitung“.

Die Großhandelsmeßzahl des Statistischen Reichsamtes ist vom Mai auf Juni um wei-